

Per Mail: ncsc@gs-efd.admin.ch

Bern, 28. März 2022

Vernehmlassung: Meldepflicht von Betreiberinnen kritischer Infrastrukturen für Cyberangriffe

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Cyberangriffe auf Unternehmen, Behörden auf ganz verschiedenen Stufen oder auf Privatpersonen haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Dies mit teils gravierenden Auswirkungen für die Sicherheit unserer Bürger und Bürgerinnen, Wirtschaft und Verwaltung. Der vorliegende Entwurf will nun eine Meldepflicht für Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen einführen, um solche Angriffe frühzeitig zu entdecken, ihre Angriffsmuster zu analysieren und andere Betreiber rechtzeitig zu warnen.

Die Mitte begrüsst diese Meldepflicht und die Beauftragung des nationalen Zentrums für Cybersicherheit (NCSC) als Meldestelle. Zentral ist eine Umsetzung, die eine einfache und rasche Handhabung solcher Meldungen ermöglicht. Die Meldestelle soll idealerweise in die bestehenden Strukturen des NCSC und MELANI integriert werden. Aus Sicht der Mitte ist es beispielsweise wichtig, dass mit der digitalen Erfassung auch andere Meldepflichten (z.B. an die FINMA, EDÖB) bei einem Ereignis einfach erfüllt werden können.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz